

DER  
ABRÜSTUNGS-BETRUG  
IN  
VERSAILLES

WILHELM ZIEGLER

1 9 3 2

---

Historisch-Politischer Verlag Rudolf Hofstetter  
LEIPZIG C 1

Diese Darstellung ist entstanden aus den Untersuchungen des Verfassers über die Entstehungsgeschichte des Versailler Friedensdiktates, die unter dem Titel „Versailles, die Geschichte eines mißglückten Friedens“ (Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg) im November 1932 erschienen sind.

Längst bevor die Deutschen im Vertrauen auf die Zusicherungen des Präsidenten Wilson im November 1918 die Waffen aus der Hand legten, war die Frage der Abrüstung bereits Gegenstand ernster politischer Überlegungen gewesen. Nicht erst vom Datum des Waffenstillstands am 11. November 1918 datiert also das Problem der allgemeinen Abrüstung, sondern vom Termin der Erwägungen, die den Präsidenten Wilson zur Verkündung seiner „Vierzehn Punkte“ veranlaßten. Dem entsprach auch der ursprüngliche Sinn des Abrüstungsprogramms, das im Versailler Vertrag ausgeführt werden sollte.

Nie hat der Präsident Wilson an eine einseitige Abrüstung oder Entwaffnung irgendwelcher Art gedacht, sondern immer nur an einen universalen und gemeinsamen Abrüstungsakt aller Mächte. Denn was ihm vorschwebte, war die allgemeine Herabsetzung der Rüstungen in der Welt. So war es kein Wunder, daß er in dem Augenblick, als er an die programmatische Aufstellung und Verkündung seines „Programmes des Weltfriedens“ heranging, als einen der ersten Punkte dieses Programms die Forderung der allgemeinen Abrüstung aufstellte. Das war in seiner Kongreßrede vom 8. Januar 1918, in der er die sogenannten „Vierzehn Punkte“ proklamierte. In dieser Rede, die mitten in die höchste Leidenschaft des Kriegsgetümmels fiel, als die Gegner mit dem letzten Einsatz all ihrer Kräfte zum Endkampf antraten, und das Schicksal der Welt auf des Messers Schneide stand, forderte er als vierten Punkt des Friedensprogramms:

„Austausch ausreichender Garantien dafür, daß die nationalen Rüstungen auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit vereinbare Maß herabgesetzt werden.“

Das war eine klare, aufrechte Sprache. Es handelte sich für den Präsidenten Wilson bei dieser Sache um kein nationales, sondern um ein internationales Ziel, nicht um einen partiellen, sondern einen totalen Akt der künftigen Weltordnung, also um ein Weltprogramm. Diese Feststellung gehört an die Spitze jeder historischen Darstellung der durch den Versailler Vertrag aufgeworfenen Frage der Abrüstung.

Beide Parteien, die Sieger wie die Besiegten, haben diesen Punkt des Wilson-Programms durch die sogenannte Lansing-Note vom 5. November 1918, die zum Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 führte, angenommen. Damit war die Sache der allgemeinen Abrüstung zum

integrierenden Bestandteil des künftigen Friedensvertrags geworden. Daran konnte und kann, juristisch wie moralisch, auch nicht der Schatten eines Zweifels bestehen.

Es gibt überhaupt wenige der entscheidenden Punkte dieses Friedensvertrags, in denen die Rechtslage so einwandfrei und präzise klar war wie in dieser Frage. Von keiner Seite war irgendein Vorbehalt oder eine Einschränkung zu diesem vierten Wilson-Punkt gemacht worden. Auch die Formulierung und Umreißung des Prinzips selbst war absolut scharf und eindeutig. Denn was enthielt dieser vierte Wilson-Punkt als konkretes Ziel? Er enthielt dreierlei Ziele:

1. Die Forderung der Herabsetzung der nationalen Rüstungen.
2. Die Herabsetzung auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit vereinbare Maß.
3. Den Austausch ausreichender Garantien dafür.

Das waren drei ganz klare Zielpunkte, deren Sinn ohne jedes Halbdunkel war, so weit man überhaupt allgemeine abstrakte Forderungen einer politischen Reform in die konkrete Sprache der Wirklichkeit umgießen kann. Die Herabsetzung der nationalen Rüstungen — das bedeutete logisch unmißverständlich die Forderung der internationalen Allgemeingültigkeit. Die Herabsetzung auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit vereinbare Maß — das besagte, daß als Norm für diese Herabsetzung lediglich die innere Sicherheit und nicht etwa die Sicherheit nach außen oder gar die Offensivfähigkeit gegenüber den Nachbarn zu gelten habe. Austausch ausreichender Garantien dafür — das bedeutete den Abschluß eines internationalen Abkommens zur Sanktionierung dieses neuen Zustandes.

Vor dieser klaren Rechtslage stand die Pariser Friedenskonferenz, als sie am 18. Januar 1919 feierlich zum Bau des künftigen Friedentempels zusammentrat.

Sehr rasch sollte es zur praktischen Erprobung dieser fairen Grundsätze kommen. Am ersten im Zusammenhang mit dem Problem des Völkerbundes, das der Präsident Wilson mit besonderer Leidenschaft betrieb. Sodann bei den Deutschland aufzuerlegenden Waffenstillstands- und Entwaffnungsbestimmungen.

Schon in der ersten öffentlichen Vollsitzung der Konferenz am 25. Januar war die Einsetzung einer Kommission für die Ausarbeitung eines Völkerbund-Entwurfes beschlossen worden. Diese Kommission trat unter dem Vorsitz des Präsidenten Wilson am 3. Februar zum erstenmal zusammen und hat im Laufe der nächsten zehn Tage ihre Aufgabe bewältigt. Hier, im Rahmen des Völkerbundthemas, mußte auch ganz logisch die Probe auf das Exempel kommen, ob es den Friedensstiftern wirklich

ernst mit der Erfüllung des vierten Wilson-Punktes über die allgemeine Rüstungsbeschränkung war. Denn diese allgemeine Rüstungsbeschränkung mußte eine der ersten und heiligsten Aufgaben dieser künftigen Völkergemeinschaft sein, wenn diese überhaupt eine Existenzberechtigung haben wollte.

Dem entsprach auch, daß der Präsident Wilson in dem Artikel IV seines eigenen Völkerbundentwurfes vom 10. Januar die „Herabsetzung nationaler Rüstungen auf den niedersten, mit der inneren Sicherheit und zur gemeinsamen Erzwingung internationaler Verpflichtungen vereinbaren Punkt“ als eines der Prinzipien „zur Errichtung und Aufrechterhaltung des Friedens“ proklamiert und als „Basis“ für eine derartige Herabsetzung die Abschaffung der „Wehrpflicht und aller anderen Formen militärischen Dienstzwanges“ gefordert hatte. Das war eine ehrliche und saubere Auslegung seines eigenen vierten Punktes. Der Entwurf, der der Völkerbundkommission am 3. Februar vorgelegt wurde, sah in dieser Frage folgende Regelung vor:

„Die Hohen Vertragsschließenden Parteien erkennen das Prinzip an, daß die Aufrechterhaltung des Friedens die Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf den niedersten, mit der inneren Sicherheit und der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinsames Vorgehen verträglichen Punkt erfordert; und der Exekutivrat soll Pläne zur Verwirklichung dieser Herabsetzung aufstellen. Er soll ebenfalls die Möglichkeit der Abschaffung des militärischen Dienstzwanges untersuchen und dessen Ersetzung durch Streitkräfte, die auf einer Freiwilligengrundlage aufgestellt werden, sowie die militärische und maritime Ausrüstung, die zu unterhalten angemessen erscheint.

Die Hohen Vertragsschließenden Parteien vereinbaren ferner, daß volle und freie Öffentlichkeit in bezug auf alle nationalen Rüstungen und militärischen oder maritimen Programme herrschen soll.“

Auch diese Definitionen entsprachen im großen und ganzen dem Rahmen und Sinn des vierten Wilson-Punktes.

Gerade diese Objektivität der Formulierung aber mag der Grund gewesen sein, daß sich alsbald in den Kommissionsberatungen ein Wettrennen der Interessenten erhob, diesen Punkt umzumodeln. Es ging hier um eine der höchsten Realitäten der neuen Weltordnung. So kam es, daß kein Artikel in den Kommissionsberatungen so lebhaft erörtert und umstritten worden ist wie dieser. Jedes Wort von ihm ward in den tagelangen Debatten hin- und hergedreht und auf die Waagschale gelegt.

Vor allem die französischen Vertreter haben einen erbitterten Kampf um die Formulierung dieses Artikels in ihrem Sinne geführt — ein Kampf, der auf die Sabotage der Abrüstung hinauslief. Ihr Kampf richtete sich dabei praktisch auf drei Ziele: 1. auf die Schaffung einer internationalen Armee, 2. auf die Beseitigung des Polizei-Charakters der künftigen

Armeen, 3. gegen Deutschlands Beitritt zum Völkerbund. In dem ersten Punkte sind sie unterlegen, in dem zweiten und dritten Punkte dagegen Sieger geblieben. Léon Bourgeois, als der französische Wortführer in dieser Kommission, setzte sich mit derartiger Verve für die sogenannte Völkerbundarmee ein, daß Präsident Wilson ihm treffend entgegenhielt, daß sein Vorschlag ihm „den internationalen Militarismus an die Stelle des nationalen“ zu setzen scheine. Trotzdem versteifte sich der französische Widerstand derart, daß am 11. Februar die Sitzung abgebrochen werden mußte und Präsident Wilson nahe daran war, in der nächsten Nacht Paris zu verlassen. Am Ende wurden die Franzosen doch überredet, den Vorsatz der internationalen Armee fallen zu lassen. Dafür aber gelang es ihnen, den vorgelegten Wortlaut des Entwurfs des Abrüstungsartikels dadurch, daß diesem Instrument seine „Hauptgiftzähne“ ausgebrochen wurden, erheblich zu entstellen. Die Norm für die Rüstungsherabsetzung hatte nach dem Willen Wilsons die „innere Sicherheit“ sein sollen. Die nationalen Armeen sollten danach nur noch den Charakter einer Polizeitruppe haben. Hiergegen richtete sich der erste Stoß einer gemeinsamen Offensive der Franzosen, Italiener und Japaner. Dabei hatten die Europäer sogar das seltene Glück, daß der japanische Vertreter Makino ihnen das Odium der Initiative abnahm, indem er einen Antrag auf Ersatz dieser Formel durch den Begriff der „nationalen Sicherheit“ stellte. Aber noch eine weitere Verwässerung des ursprünglichen Wortlauts wurde in diesen Kommissionsberatungen erzielt. Es wurde nämlich hinter die Verpflichtung zur Herabsetzung der Rüstungen noch die Einschränkung eingefügt: „Unter besonderer Rücksichtnahme auf die geographische Lage und Verhältnisse jedes Staates.“ In diesem Fall hatten allerdings die Franzosen selbst sich exponieren müssen. Denn diesesmal mußte Léon Bourgeois selbst hervortreten. Am schwersten aber wog wohl die Tatsache, daß auch der Satz ausgemerzt wurde, der dem Exekutivrat die Untersuchung der „Möglichkeit der Abschaffung des militärischen Dienstzwanges“ auferlegte. In diesem Fall ergab sich sogar das kuriose Schauspiel, daß die Franzosen opponierten. Denn Léon Bourgeois erinnerte sich plötzlich der Tatsache, daß die allgemeine Wehrpflicht „eine Lebensfrage der Demokratie“ sei, und berief sich energisch auf diesen Satz. Das wäre sogar durchaus vernünftig gewesen, wenn nicht die Franzosen fast gleichzeitig nach Kräften mitgeholfen hätten, die allgemeine Wehrpflicht in der jungen deutschen, von den Alliierten selbst herbeigewünschten Demokratie abzuschaffen! Diesen vereinten Bemühungen der Gegner der Abrüstung gelang es schließlich, den Abrüstungsartikel so zu „verzieren“, daß er in folgender Fassung aus der Kommission hervorging:

„Die Hohen Vertragschließenden Teile erkennen den Grundsatz an, daß die Aufrechterhaltung des Friedens die Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinsames Vorgehen vereinbar ist, wobei die

geographische Lage und die Verhältnisse eines jeden Staates besonders berücksichtigt werden müssen. Und der Exekutivrat soll Pläne zur Durchführung dieser Herabsetzung aufstellen.“

In diesem Aufriß ist dieser Artikel dann in den Friedensvertrag übergegangen und hat nur noch einzelne stilistische Änderungen erfahren. Verglichen mit dem vierten Wilson-Punkt war damit eine wesentliche Änderung am Charakter des Ganzen vor sich gegangen. Aus dem ursprünglichen gerade gewachsenen Prinzip war ein mit vielen Vorbehalten und Einschränkungen beladenes, gekrümmtes und gebücktes Gewächs entstanden. Immerhin die juristische und moralische Verpflichtung der Völkerbundmitglieder zur Herabsetzung der Rüstungen stand auch in diesem Artikel und war nicht ausgelöscht. Das hatte man nicht gewagt. Wenn man also jemals die Durchführung dieser Verpflichtung zur Herabsetzung der Rüstungen, unter dem Vorwand der Berufung auf die Vorbehalte, auf unbestimmte Zeit zu vertagen versuchen würde, dann wäre dies eine bewußte Sabotage der Absicht dieses Artikels. In diesem Sinne war auch der zum Schluß herausgekommene Wortlaut, bei aller späteren einschränkenden Zutat, absolut unmißverständlich. Der Artikel VIII des Völkerbundpaktes blieb auch danach ein Artikel zur A b r ü s t u n g.

In ähnlicher Richtung bewegte sich das Bemühen, Deutschland aus dem Völkerbund herauszuhalten. Das wäre überhaupt der einfachste Weg für die Interessenten gewesen, sich der Verpflichtung zur Abrüstung zu entledigen. Da aber ein dahingehender Beschluß nicht durchzusetzen war, wurde der Versuch gemacht, das gleiche Ziel auf einem Umwege zu erreichen, dadurch, daß man einem künftigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund jede Rückwirkung auf den Stand der Abrüstung von vornherein aberkannte. In diesem Sinne stellte der tschechische Vertreter Kramarsch den folgenden Antrag:

„Trotzdem werden Spezialbestimmungen über die militärischen Streitkräfte, die durch den Friedensvertrag einem Staat auferlegt werden, nicht durch die Tatsache der Zulassung eines dieser Staaten in den Völkerbund berührt.“

Dieser Antrag wurde aber glatt abgelehnt. Die Kommission war überwiegend der Meinung, daß Deutschland, wenn es erst einmal in den Völkerbund aufgenommen sei, hinsichtlich der Rüstungen nicht anders behandelt werden dürfe als die anderen Völkerbundmitglieder, weil jede Ungleichheit des Rechtes dem Grundgesetz des Völkerbundes von der Gleichheit der Rechte und Pflichten widersprach. Dieser fundamentalen Erkenntnis ist es zuzuschreiben, daß sogar der Vertreter Frankreichs und der Vertreter Belgiens in diesem Punkte sich Kramarsch widersetzen. Der Belgier Rolin-Jacquemyns äußerte in der Debatte: „Glauben Sie nicht, daß, wenn ein neues Mitglied in den Bund aufgenommen wird, dies unter ungleichen Bedingungen geschehen kann. Ich fürchte, daß dies dem Grundsatz, den wir als heilig betrachten müssen, widersprechen würde, und ich fürchte auch, daß es ein Fehler vom Standpunkt der richtigen

Erfüllung der Aufgaben des Bundes wäre.“ In genau der gleichen Richtung lag die Äußerung von Léon Bourgeois über die dem Völkerbund später beitretenden Mitglieder: „Man kann für sie nicht besondere und drückende Bedingungen aufrechterhalten, die ihnen eine Stellung minderen Rechts und einen berechtigten Grund zur Klage geben würden.“ In diesem Punkt war also die Meinung der Baumeister des Völkerbundes durchaus eindeutig. Ihnen stand das heilige Prinzip der Gleichberechtigung im Völkerbund über allen Neigungen und Interessen des Einzelnen. In diesem Punkt wurde von der Mehrheit der Kommission allen extremen Forderungen ein „bis hierher und nicht weiter!“ entgegengesetzt.

So hatte im Rahmen der Völkerbundarbeiten Wilsons Programm der allgemeinen Entwaffnung sich gewisse Durchlöcherungen gefallen lassen müssen. Parallel damit waren auf einem anderen Geleise der Konferenz ebenso ernste Bemühungen zur Sabotage des Prinzips der allgemeinen Entwaffnung im Gange, die auf die einseitige Entwaffnung Deutschlands hinausliefen. Das war im Zusammenhange mit den Waffenstillstandsverhandlungen geschehen.

Die Waffenstillstandsbedingungen vom 11. November 1918 hatten Deutschland eine einschneidende Entwaffnung auferlegt. Deutschland hatte sich zur Ablieferung folgender Ausrüstungsgegenstände verpflichten müssen:

- 5 000 Geschütze (davon 2500 schwere und 2500 Feldgeschütze),
- 25 000 Maschinengewehre,
- 3 000 Minenwerfer,
- 17 000 Jagd- und Bombenflugzeuge,
- 5 000 Lokomotiven,
- 150 000 Eisenbahnwagen,
- 5 000 Lastkraftwagen.

Der größte Teil dieser Ablieferungen war bereits erfolgt, als die Friedenskonferenz am 13. Januar zusammentrat. Zwar war Deutschland noch mit einigen Restleistungen im Verzug, aber die bereits durchgeführten Massenablieferungen der wichtigsten Kriegsmittel hatten es praktisch kampfunfähig im Verhältnis zu seinen Gegnern gemacht. Trotzdem regten sich eifrige Bemühungen, im Zuge der allgemeinen Demobilisierung Deutschland noch weiter wehrlos zu machen und es durch Auferlegung der endgültigen militärischen Friedensbedingungen sogar noch vor Abschluß des eigentlichen Friedensvertrags einseitig abzurüsten. Dabei spielten ehrliche und unehrliche Motive in gleicher Weise eine Rolle. Ehrlich war dies Bemühen insofern, als namentlich in den angelsächsischen Ländern der Wille zu einer raschen Demobilisierung der unter Waffen stehenden Mannschaften immer rascher um sich griff. Namentlich in England hatte dieses Streben, die Fesseln des Krieges alsbald abzustreifen, nachgerade stürmische Formen angenommen. Schon waren einige Insubordinationen und Meutereien vorgekommen, weil die Truppen den Krieg und die Uniform satt hatten. So hatten in der ersten Woche des



Jahres 1919 zahlreiche Urlauber nach Ablauf ihres Urlaubs sich geweigert, sich in Folkestone wieder an die Westfront einschiffen zu lassen. In wenigen Tagen war die Zahl der Gehorsamsverweigerer auf 10 000 Mann gestiegen. Es war so weit gekommen, daß diese Meuterer sogar im Regierungsviertel demonstrierten. Diese Zersetzungserscheinungen hatten zum Sturze des Kriegsministers und zur Betrauung des „starken Mannes“ Winston Churchill mit der Nachfolge geführt. Diese bedenkliche Entwicklung konnte den Kenner der englischen Psyche nicht überraschen. Denn dieses Volk, das keine allgemeine Wehrpflicht kannte, sondern immer nur mit einem Söldnerheere sich beholfen hatte, hatte die Bürde der allgemeinen Mobilisierung nur mit Widerwillen ertragen und zählte die Minuten, bis es endlich die ungewohnte Uniform wieder ausziehen konnte. So war Lloyd George weiter nichts als das Sprachrohr der öffentlichen Meinung seines Landes, als er auf der Konferenz der raschen Demobilisierung das Wort redete. Diese Forderung wurde ihm darum noch leichter, weil er mit besonderer Besorgnis bei einem weiteren Andauern des Kriegszustandes das Gespenst des Bolschewismus heraufziehen sah und in der raschen Wiederherstellung friedlicher Beziehungen auf dem Kontinent das beste Rezept zur Fernhaltung des Bolschewismus erblickte. Ähnlich ging es dem Präsidenten Wilson, der, seiner ganzen Ideologie nach, ein unbedingter Anhänger des raschen Abbaues des Kriegszustandes war. Nur von Clemenceau weiß man nicht recht, ob es ihm mehr um eine rasche Demobilisierung oder um deren möglichst weite Hinausziehung zu tun war. Bei ihm mischten sich vielleicht am meisten in die sachlichen Erwägungen auch Motive rein egoistischer Natur. Denn mehr als alle anderen hatte er in dieser Frage das Ziel im Auge, Deutschland so rasch als möglich seiner Waffen zu berauben, und zwar möglichst noch vor Unterzeichnung des endgültigen Friedensvertrags. Einem wehrlos gemachten Deutschland würde dann nichts anderes übrig bleiben, als diese Bedingungen zu unterschreiben. Ihm kam es darum am wenigsten auf eine rasche allgemeine, und am stärksten auf eine rasche einseitige Demobilisierung der Deutschen an.

Das waren die Gründe, weswegen schon alsbald nach Beginn der Friedenskonferenz, im Zusammenhang mit der Verlängerung des Waffenstillstands, die Bemühungen zur Festsetzung der endgültigen deutschen Entwaffnungsbestimmungen mit Hochdruck betrieben wurden.

Zum ersten Male war diese Frage am 21. Januar, neun Tage nach dem Zusammentritt der Konferenz, zur Verhandlung gelangt. Im sogenannten Zehnerrat hatte Balfour den Vorschlag gemacht, zugleich mit der Einsetzung der Kommission für die Ausarbeitung des Völkerbundesentwurfes eine zweite Kommission zu bilden, die sich mit dem Abrüstungsproblem beschäftigen sollte. Hierbei ging Balfour, gerade und objektiv, von der Voraussetzung aus, daß Völkerbund und Abrüstung nicht voneinander zu trennen sei. Er erklärte ganz offen: „Es ist ganz klar, daß der Völkerbund eine Schmach sein wird, wenn man nicht zur Abrüstung

schreitet.“ Am 23. Januar kam das Thema wieder zur Sprache. Diesesmal war Lloyd George der Urheber. Er brachte nämlich eine Resolution folgenden Inhalts ein:

„Daß eine Kommission, bestehend aus je zwei Delegierten der fünf Großmächte und aus fünf von den übrigen in der Konferenz vertretenen Mächten zu ernennenden Delegierten, gebildet werden möchte,

1. um eine sofortige und drastische Herabsetzung der Wehrmacht des Feindes anzuempfehlen,
2. um zusammenhängend mit dem Völkerbunde einen Plan zur dauernden Herabsetzung der Lasten der Streitkräfte und Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft vorzubereiten.“

Auf den ersten Blick sieht diese Entschließung ganz unverdächtig aus, ebenso objektiv wie die Forderung Balfours. Aber bei näherem Zusehen stellt sich doch eine kleine Abweichung heraus, die stutzig macht. Während nämlich Balfour von einer allgemeinen Abrüstung gesprochen hatte, nahm Lloyd George hier bereits eine Trennung zwischen dieser allgemeinen Rüstungsherabsetzung und der Abrüstung „des Feindes“ vor, die außerdem „sofortig und drastisch“ sein sollte. Noch bedenklicher aber war, daß Lloyd George bei der Erläuterung seines Vorschlages erklärte, „er möchte darauf dringen, daß die erste Klausel des Entwurfes sofort in Angriff genommen werden möge, die zweite könne ja einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben“.

Diese Äußerung ließ klar erkennen, wohin die Reise gehen sollte. Zunächst sollte also die deutsche Entwaffnung durchgeführt werden, während die Abrüstung der anderen einer ungewissen Zukunft vorbehalten bleiben sollte! Dementsprechend wurde am nächsten Tag eine Kommission zum Studium der Durchführung der deutschen Entwaffnung eingesetzt. Sie bestand aus Loucheur, als dem Vorsitzenden, Winston Churchill, dem Marschall Foch und den Generälen Bliss und Diaz. Diese Kommission legte am 7. Februar das Ergebnis ihres Studiums in einem ausführlichen Berichte, dem sogenannten Loucheur-Bericht, vor. Der erste Absatz ihrer praktischen Vorschläge lautete:

„Das Komitee ist der Meinung, daß die alliierten Regierungen endgültig die Anzahl der Truppen und die Menge Kriegsmaterial bestimmter Kategorien festsetzen sollten, die in den Händen der deutschen Armee belassen werden. Und es wird vorgeschlagen, daß sie auf eine Stärke von 25 Infanterie-Divisionen und 5 Kavallerie-Divisionen herabgesetzt werden sollten, und es wird empfohlen, daß alles überschüssige Kriegsmaterial abgeliefert werden sollte.“

Daraus geht klar hervor, daß diese Kommission die endgültigen Entwaffnungsbedingungen für Deutschland vorlegte, und die endgültige Stärke der deutschen Wehrmacht auf 300 000 Mann — denn diese Ziffer ergeben die 25 Infanterie-Divisionen und 5 Kavallerie-Divisionen —

festsetzte. Diese Heeresstärke hatte sie gewählt, weil sie ihr „absolut notwendig für die Besetzung seiner Grenze und die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung“ schien, wie an anderer Stelle des Berichts zur Begründung gesagt wird. Das Kriegsmaterial Deutschlands sollte auf folgenden Stand herabgesetzt werden:

Schwere Geschütze .....	1 000
Feldgeschütze .....	1 575
Maschinengewehre .....	3 825
Automatische Gewehre .....	4 500
Gewehre .....	412 500
Flugzeuge .....	unbestimmt
Minenwerfer .....	1 400

Gleichzeitig enthielt dieser Bericht den Vorschlag besonderer Kontrollmaßnahmen zur Überwachung der deutschen Entwaffnungsverpflichtungen. Dieser Vorschlag bestand „in der Einrichtung absoluter Kontrolle über das sich östlich des Rheins in einer durchschnittlichen Tiefe von ungefähr 50 Kilometer von Köln bis 15 Kilometer nördlich Duisburg erstreckende Gebiet durch militärische Okkupation in einer Weise, um Essen und die hauptsächlichsten Kruppschen Betriebe, den größten Teil der rheinisch-westfälischen Kohlenfelder und die von diesen abhängigen Metallindustrien zu umfassen“. Diese Okkupation sollte im Falle der Ablehnung dieser Bedingungen oder ihrer späteren Nichtdurchführung erfolgen. Eine entsprechende Landkarte war an den Marschall Foch gesandt worden. Auch sollte eine technische Kommission zur Inspektion der deutschen Waffenfabriken während der Durchführung dieser Bedingungen eingerichtet werden.

Allerdings hatte dieser Bericht nicht die Zustimmung sämtlicher Mitglieder gefunden. Der amerikanische Vertreter General Bliss hatte vielmehr in einem Sonder-Memorandum sich zu seinem Bedauern für außerstande erklärt, dem Bericht zuzustimmen, „weil dieser die Hinzufügung von Bedingungen zu dem ursprünglichen Waffenstillstand empfehle, welche auf der Drohung einer gewaltsamen Besetzung weiteren deutschen Gebietes basiert seien“. Genau das gleiche Bild wiederholte sich in der Sitzung des „Zehnerrates“ am 7. Februar, als der Loucheur-Bericht vorgelegt wurde. Während die vorgeschlagenen „endgültigen“, rein militärischen Entwaffnungsbestimmungen keinen Widerspruch fanden, machte Präsident Wilson gegen die Vorschläge zur Besetzung des deutschen Industriegebietes in aller Form Front. Ja, er bezeichnete diese Vorschläge direkt als ein „Programm der Panik“. Die Folge war, daß eine neue Kommission eingesetzt wurde, um die Vorschläge der ersten Kommission zu vereinfachen. Sie bestand aus dem Staatssekretär Lansing, Lord Milner und André Tardieu. Aber auch sie kam nicht viel weiter als ihre Vorgängerin, ja noch nicht einmal so weit. Denn sie lieferte nur ein Schema dessen, was Deutschland als abgabefähig von seiner Waffenausrüstung angeben solle. Auch dieser Bericht befriedigte den „Rat“, wie nicht anders zu erwarten,

nicht. So kam es am übernächsten Tag zur Einsetzung einer dritten Kommission. Sie bestand aus dem Marschall Foch, als dem Vorsitzenden, den Generälen Bliss, Degoutte, Thwaites, Cavallero und dem Oberst Nagai, sowie den Zivilisten Norman Davis, Clémentel, Lord Robert Cecil, Crespi und Mori. Diese Kommission, die den Generalnenner für die bisherigen divergierenden Vorarbeiten finden sollte, hat mehr Erfolg gehabt als ihre Vorgängerinnen und ist zum eigentlichen geistigen Vater der deutschen Abrüstung geworden, so wie sie in den späteren Friedensvertrag überging.

Schon diese rasche Aufeinanderfolge des Wechsels von Kommissionen läßt vermuten, daß in dieser Frage keineswegs Einhelligkeit unter den verschiedenen Mächten bestand, sondern daß die verschiedensten Interessen hier aufeinander prallten. Das sollte sich auch alsbald herausstellen, nachdem diese Kommission ihren Bericht fertiggestellt und dem „Rat“ vorgelegt hatte.

Über den Beratungen dieser Kommission selbst schwebt ziemliches Dunkel. Nur soviel weiß man aus einigen Andeutungen von André Tardieu, daß auch in dieser Kommission wieder der Dualismus zwischen Franzosen und Amerikanern in der Frage der Besetzung des Industriegebietes an der Ruhr als Eventualsanktion sich auftat. Auch die Engländer scheinen übrigens dem Projekt des Ruhreinmarsches ziemlich wohlwollend gegenübergestanden zu haben. Eine weitere Kontroverse knüpfte sich daran, daß die einen den Standpunkt vertraten, daß eine Erneuerung des Waffenstillstandsvertrags keine neuen, über den ursprünglichen Waffenstillstandsvertrag hinausgehenden Bedingungen gestatte. Das waren wiederum die Amerikaner. Während die Politik der Franzosen darauf hinauslief, in die Verlängerung des Waffenstillstands möglichst tiefgreifende Maßnahmen zur Weitertreibung der deutschen Entwaffnung hineinzupacken, um auf diese Weise den Gegner noch vor der Überreichung des endgültigen Vertrags so weit als möglich zu schwächen, während man selbst sich der Demobilisierung auf diese Weise noch weiterhin entzog. Über die nächsten Ziele und Schritte der Entwaffnung der Deutschen bestand also weder Klarheit noch Einigkeit. Der Abschluß des Berichts der Kommission zog sich auf diese Weise recht lange hin.

Am 1. März endlich gelangte er zur Verteilung und am 3. März vor den „Rat“. Der Marschall Foch als Vorsitzender erstattete selbst den Bericht. Dieser Bericht sah wiederum wesentlich anders aus als die beiden vorhergehenden Kommissionsberichte. Es wurde darin Deutschland eine Armee von 200 000 Mann und 9000 Offizieren zugestanden, „unter der Voraussetzung, daß Deutschland nur die Streitkräfte behalten wolle, die notwendig seien zur Sicherung der Ordnung und zur Polizei im Innern“. Die Aushebung der Armee sollte so vor sich gehen, daß die Offiziere freiwillig unter der Verpflichtung einer 25jährigen Dienstzeit angenommen werden sollten. Die Mannschaften dagegen sollten unter der Voraussetzung einer einjährigen, fortlaufenden Dienstzeit auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht ausgehoben werden. An Artillerie-Bewaffnung waren Deutsch-

land 180 schwere Geschütze und 600 Feldkanonen belassen worden. Die deutschen Luftstreitkräfte sollten abgeschafft werden. Auch dieser Bericht war kein Einheitsvotum. Vielmehr hatten diesmal die britischen Delegierten in einem Nachtrag den Vorbehalt gemacht, daß ein Freiwilligendienst mit langer Dienstzeit dem vorgeschlagenen System vorzuziehen sei, daß sie aber trotzdem diese Bedingungen angenommen hätten, um zu einer Entscheidung zu gelangen.

An diesem Tage kam der Bericht zu keiner näheren Verhandlung, denn Balfour forderte die Vertagung der Diskussion, weil der Bericht wegen seiner politischen Rückwirkungen von Wilson und Lloyd George geprüft werden müsse, die beide in diesen Tagen in ihrer Heimat weilten. Balfour setzte seine Forderung auch durch. Aber es scheint ihm dabei weniger auf die Person Wilsons als auf die seines Chefs Lloyd George angekommen zu sein. Denn ohne Wilsons Rückkehr abzuwarten, wurde der Bericht nach der Rückkehr Lloyd Georges am 6. März dem „Rat“ erneut vorgelegt und in den folgenden Tagen eingehend beraten, ohne daß diesmal irgendjemand an der Abwesenheit Wilsons Anstoß nahm. Lloyd George hat in diesen Tagen das Hauptwort in der Diskussion geführt und so den eigentlichen Ausschlag gegeben für die endgültige Gestaltung des Berichts und damit des deutschen Wehrwesens der Zukunft.

Wiederum hatte der Bericht eine Mauserung durchgemacht. Wohl entsprach er im großen ganzen dem Gerippe des Berichtes vom 3. März, war aber noch schärfer und bestimmter gegliedert. Vor allem war in dem ersten Artikel des Berichts klargelegt, daß die Höhe der deutschen Streitkräfte so bemessen sei, „daß Deutschland die Ordnung sichern und die Polizei innerhalb seines Gebiets ausüben könne“. Ebenso hieß es in dem Artikel, der die Auflösung des Großen Generalstabs forderte, zur Begründung, „daß die deutsche Armee keine andere Aufgabe habe als die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und, erforderlichenfalls, die Polizeikontrolle der Grenzen“.

Sofort als Foch seinen Bericht erstattet hatte, riß Lloyd George das Wort an sich. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf die Art der Aushebung der 200 000 Mann und warf die demagogische Frage auf, ob es richtig sei, daß dann in 10 Jahren zwei Millionen, in 15 Jahren drei Millionen und in 20 Jahren vier Millionen ausgebildeter Mannschaften in Deutschland vorhanden seien. Foch gab dies zu, wies aber darauf hin, daß das wichtigste in der Armee, was ihren Wert ausmache, nicht der einfache Soldat sei, sondern die „Cadres“. Ein kleines stehendes Heer stelle jederzeit eine Reihe fertiger „Cadres“ für die Ausbildung einer großen Streitmacht dar. Es wurde sofort klar, worauf Lloyd George loszielte. Ihm war das Prinzip der Wehrpflicht, auf dem der Foch-Bericht aufgebaut war, ein Dorn im Auge. Gegen diesen Kerngedanken des Berichts richtete er infolgedessen seine ganze Stoßkraft. Hier ging es für ihn nicht etwa nur um einen Prinzipienstreit, sondern um eine gewichtige Realität, sogar um ein Lebensinteresse der englischen Politik. Seine Opposition hiergegen ist

nur aus dem Wesen der englischen Insellage und der englischen militärischen Tradition heraus zu verstehen. Denn das englische Volk hatte nun einmal eine unüberwindliche Abneigung gegen die allgemeine Wehrpflicht und sah gerade in ihr das Wesen des deutschen Militarismus und das Geheimnis des mysteriösen Erfolges der mächtigen deutschen Militärmacht im Weltkrieg verkörpert. Mit der Abschaffung des Volksheeres glaubte infolgedessen Lloyd George die deutsche Militärmacht mitten ins Herz zu treffen.

Rasch hatte er auch eine Resolution zur Hand, die diesen Gedanken in Worte kleidete. Sie lautete dahin:

„Die militärischen Friedensbedingungen mit Deutschland zu Lande, zu Wasser und in der Luft sollen auf folgenden Grundsätzen beruhen:

1. Die deutschen See-, Land- und Luftstreitkräfte sollen vollständig im Freiwilligen-System aufgebracht werden.
2. Die Mindestdienstzeit soll für alle Zweige zwölf Jahre betragen.
3. Die Stärke der deutschen Armee soll 200 000 Mann in allen Kategorien nicht überschreiten. Sie soll in nicht mehr als 15 Divisionen und 3 Kavallerie-Divisionen organisiert sein.
4. Die Stärke der deutschen Flotte soll 15 000 Mann in allen Kategorien nicht übersteigen.“

Obwohl diese Resolution alle bisherigen Methoden auf den Kopf stellte und damit fast alle bisher geleistete Arbeit zunichte machte, wurde sie ohne sonderliche Widerrede angenommen. Selbst der naheliegende und ernstzunehmende Einwand des Generals Degoutte, daß ein langfristiger Freiwilligendienst Deutschland furchtbarer machen könne als ein kurzfristiger Zwangsdienst, wurde von Lloyd George mit der barschen Erklärung abgetan, „er würde nie einen Frieden unterzeichnen, der Deutschland eine größere Armee gewähre als 200 000 Mann“. Damit war im Handumdrehen ein radikaler Kurswechsel im Vorgehen der Konferenz vorgenommen. Dieser Systemwechsel ist nur dadurch zu erklären, daß den Franzosen diese Kursänderung im Grunde ihres Herzens ganz gelegen kam. Denn sie erkannten darin sofort einen neuen Hebel zur weiteren militärischen Schwächung Deutschlands, auf die es ihnen allein ankam. Zum andern aber spielte auch ein glücklicher Zufall mit. Denn der Präsident Wilson war auf hoher See und die amerikanische Delegation damit ihres Hauptes beraubt. Ja, die beschleunigte Verabschiedung dieses Kapitels der Friedensbedingungen läßt sogar den begründeten Verdacht aufkommen, daß die beiden Hauptnutznießer der deutschen Entwaffnung, Frankreich und England, diese nie wiederkehrende Gelegenheit mit verdoppeltem Eifer ausnutzten, um noch in Abwesenheit des Präsidenten Wilson diese ganze Materie unter Dach und Fach zu bringen. Denn was hätte dem im Wege gestanden, die weitere Beratung dieses hochwichtigen

Gegenstandes die wenigen Tage bis zur Rückkehr des Präsidenten am 14. März aufzuschieben, nachdem die Konferenz bisher sich reichlich Zeit für die Erledigung ihres Pensums genommen hatte?

Mit verdächtiger Eile wurde jetzt die Erledigung der deutschen Entwaffnung beschleunigt. Schon drei Tage später, am 10. März, lag auf Grund der Lloyd-George-Resolution ein neuer, umgearbeiteter Entwurf der Foch-Kommission vor.

Dieser Bericht war ein völlig neues Muster. Zwar ist er bis heute noch nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden, aber wenigstens in seinen Grundzügen aus dem Gang der Beratungen im „Rat“ zu rekonstruieren. Er setzte als oberste Grenze der deutschen Wehrmacht die Zahl von 140 000 Mann, mit deren Hilfe Deutschland „die Ordnung sichern und die Polizeikontrolle innerhalb seines Gebiets ausüben könne“. Er sah weiterhin das Freiwilligen-System für die Rekrutierung der Wehrmacht und für die Mannschaften die zwölfjährige Dienstzeit vor.

Aber noch war dieser Bericht nicht einmal im „Rat“ vorgelesen, als Clemenceau bereits den Antrag stellte, die Ziffer von 140 000 Mann auf 100 000 herabzusetzen wegen „der Gefahr der langen Dienstzeit“. Was ihn aber keineswegs hinderte, im gleichen Zusammenhang zu erklären, daß „vom militärischen Standpunkt aus“ der Entwurf vom 6. März vorzuziehen gewesen sei! Zunächst schien es immerhin, als sollte dieser neue Verschärfungsvorschlag Clemenceaus auf Schwierigkeiten stoßen. Denn der amerikanische General Bliss erklärte als Äquivalent für die Umwandlung der kurzen Dienstzeit in die lange eine 25prozentige Herabsetzung der 200 000 Mann auf 150 000 für ausreichend. Wobei er noch 10 000 Mann stillschweigend zu dem Vorschlag der Kommission zulegte! Er erklärte weiter, daß die amerikanischen Vertreter der Ansicht seien, daß diese Ziffer nicht weiter gesenkt werden sollte. Wohl sei es Sache der Mutmaßung, zu entscheiden, welche Truppenzahl zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland notwendig sei, aber er glaube, daß die Sicherheit nicht erzielt werden könne mit weniger als 140 000 Mann. Ihm widersprach Foch an Hand eines Vergleichs dieser Streitkräfte mit denen der Vereinigten Staaten und rechnete schließlich aus, daß die Deutschen zusammen mit ihren 15 000 Matrosen, ihren rund 22 000 Polizisten, ihren 6300 Förstern und 23 000 Zollbeamten eine ausgebildete Armee von nicht weniger als 206 000 Mann hätten! Das wäre aber zu viel, darum würden 100 000 Mann völlig ausreichen. Sein Vergleich mit den Vereinigten Staaten war allerdings so oberflächlich und tendenziös, daß er sich von Lansing eine Richtigstellung gefallen lassen mußte. Die Amerikaner sträubten sich nachgerade gegen diese Methode der fortgesetzten Ausquetschung Deutschlands.

Es war ja überhaupt sonderbar, wie sich allmählich die Fronten durcheinander geschoben hatten. Ursprünglich waren die Franzosen die Anhänger der Wehrpflicht auch für die verkleinerte deutsche Armee gewesen. Und selbst nach deren Beseitigung durch Lloyd George hatte der Foch-Bericht dem besiegten Deutschland immer noch 140 000 Mann zuge-



standen. Jetzt mit einem Male waren sie ihrem Prinzip untreu und die stürmischen Vorkämpfer einer nochmaligen Herunterdrückung auf 100 000 Mann geworden, selbst um den Preis der Widerrufung des eigenen fachlichen Berichtes. Die Engländer dagegen, denen es bisher nur auf das Prinzip angekommen war, ohne daß sie in der Abgrenzung der Heeresstärke besonderen Konkurrenzneid gezeigt hatten, schwenkten jetzt völlig in die von den Franzosen eingenommene Front ein. Das wurde sofort spürbar, als jetzt Lloyd George mit aller Macht eingriff. Offenbar machte ihm die passive Resistenz der Amerikaner ernste Sorgen, so daß er befürchten mußte, es würde doch bei den 140 000 Mann bleiben. Was er vorbrachte, klang fast, als ob ein Franzose spräche. Er führte aus: Frankreich sei in erster Linie betroffen, dann England und dann erst Amerika. Zweimal in der letzten Generation habe Frankreichs Boden eine Invasion aus derselben Richtung erfahren. Zweimal habe Deutschland seine Militärmaschine mißbraucht. Zwar habe er persönlich keine besonders ausgesprochene Vorliebe für eine der beiden Ziffern von 100 000 und 140 000 Mann. Aber er glaube, er könne nicht den militärischen Beratern Frankreichs sich widersetzen, das nach der See ungeschützt sei wie England und Amerika und nur den Rhein als Verteidigung habe. Er stimme Bliss und Lansing zu. Er endete damit, daß, wenn Frankreich sich in dieser Frage besonders betroffen fühle, seiner Meinung nach weder die britische noch die amerikanische Delegation ein Recht habe, sich diesen Ansichten zu widersetzen.

Deutlich hatte sich der englische Premierminister damit auf die Seite Frankreichs geschlagen. Auch wenn er zwischendurch die Versicherung einschaltete, daß er Bliss und Lansing zustimme, so war das nur eine leere Floskel. Denn diese Erklärung war materiell mit dem eigentlichen Kern seiner Ausführung unvereinbar. Sie war eine unverbindliche Redensart, die nur dem sprudelnden Temperament dieses großen Talentes zugute zu halten war! So schien die Waagschale sich zugunsten des 100 000-Mann-Heeres zu neigen. Darum war es nur logisch, daß Balfour die Frage aufwarf, ob nicht ein Weg der Garantie der „Non-Invasion“ für Deutschland gefunden werden müsse, wenn die Konferenz auf diese Weise Deutschland machtlos gegen Angriffe und schwach zur Verteidigung mache, und wenn die deutsche Armee zu einer Polizeitruppe reduziert würde, während die Nachbarn rüsten könnten, soviel sie wollten. Clemenceau machte es sich leicht mit der Antwort, als er die von Balfour aufgeworfene Frage als sehr wichtig anerkannte, ihre Lösung aber dem Völkerbund zuwies. Trotzdem griff auch der Oberst House den Gedanken von Balfour auf, indem er bemerkte, daß der General Bliss angeregt hätte, die Mächte sollten die Neutralität Deutschlands garantieren, wie sie es seinerzeit mit Belgien getan hätten. Aber diese unbequemen Einwendungen wurden mit Stillschweigen rasch übergangen. Dafür wurde ebenso rasch die Herabsetzung der deutschen Heeresstärke von 140 000 auf 100 000 Mann beschlossen. Noch eine weitere wichtige Korrektur an dem ursprünglichen



Bericht wurde vorgenommen. Auf Drängen von Clemenceau wurde nämlich der ursprünglich vorgesehene Große Generalstab gestrichen und damit abgeschafft. Denn es könne — wie Clemenceau heuchlerisch vorgab — der einzige Zweck eines solchen Stabes nur das Studium und die Vorbereitung des Krieges sein! Dies ist offenbar auch das Motiv dafür gewesen, daß Frankreich nach dem Weltkrieg sich einen Großen Generalstab zugelegt hat!

Überhaupt dominierte in dieser Sitzung die Sucht, die deutschen Entwaffnungsbestimmungen bis an die äußerste Grenze des Erreichbaren zu verschärfen. Der Artikel 1 des Kapitels 3, der ursprünglich gelautet hatte:

„Die allgemeine Wehrpflicht soll aus der deutschen Verfassung entfernt werden“,

wurde summarisch dahin abgeändert:

„Jeder militärische Zwangsdienst soll in Deutschland abgeschafft werden.“

Trotzdem ging dieser ganze Akt ziemlich flott vonstatten. Sogar so rasch, daß, nachdem die Debatte geschlossen war, sich nachträglich noch drei Generale zum Wort meldeten, um ihre Einwände und Bedenken gegen das Beschlossene vorzubringen. Es war der General Degoutte, der seine Bedenken gegen die lange Dienstzeit äußerte. Nach ihm unterstrich der General Weygand den gleichen Gedanken und zum Schluß noch der italienische General Cavallero, der ausdrücklich der Ansicht seiner beiden Kollegen beitrug und bedauerte, daß er irrtümlich sich nicht zum Wort gemeldet habe. Seine Instruktionen lauteten dahin, daß das System der langen freiwilligen Dienstzeit unannehmbar sei. Aber selbst diese nachträglichen Proteste namhafter militärischer Experten halfen nichts. Clemenceau, rauhbeinig und autokratisch wie immer, erklärte die Diskussion nach der erfolgten Abstimmung für geschlossen und ließ sich nur zu der offiziellen aber belanglosen Aufnahme dieses Einspruchs der Militärs in das Protokoll herbei. Auch wenn also dieses kurze Nachspiel keinen praktischen Erfolg gehabt hat, es war charakteristisch für die völlig systemlose und unsachliche Art und Weise, mit der über die Frage der deutschen Entwaffnung hier im Galopp entschieden wurde. Deutlicher und drastischer konnte diese rein interessenpolitische, opportunistische und unaufrichtige Methode nicht bloßgestellt werden als durch diesen, wenn auch nachträglichen Protest der Sachkenner.

Drei Tage später, am 13. März, wurden auch die auf die deutschen Luftstreitkräfte bezüglichen Bestimmungen verhandelt. In dem Entwurf der zuständigen Kommission war die Auslieferung alles deutschen Luftfahrtmaterials und das Verbot der Unterhaltung irgendwelcher Luftstreitkräfte durch Deutschland vorgesehen. Trotz des Widerstandes der Amerikaner blieb es bei dieser Regelung. Die Einseitigkeit und Rigorosität, mit der man hier vorging, war so kraß, daß der englische Generalstabschef Sir Henry Wilson an diesem Tage sein Urteil über die Luftfahrtbestimmungen in seinem Tagebuch dahin zusammenfaßte, daß sie ihm

„phantastisch hart und unlogisch“ — „fantastically severe and illogically“ — schienen. Trotzdem gelang es auch dem Präsidenten Wilson später nicht mehr, hier Abhilfe zu schaffen.

Zwar galten diese Beschlüsse nur als vorläufig, da ihre endgültige Verabschiedung bis zur Rückkehr des Präsidenten Wilson zurückgestellt wurde, der in den nächsten Tagen wieder eintreffen mußte. Trotzdem waren damit die Würfel über Deutschlands Wehrmacht gefallen. Das geht aus der nackten Tatsache hervor, daß die Militärbestimmungen des Friedensvertrags bis auf wenige Einzelheiten diesen Entschlüssen entsprechen. Nichts Wesentliches hat sich später an diesem Ergebnis geändert, weder an der Vereinbarung der 100 000-Mann-Armee noch an dem Offizierskorps, weder an der Einführung des Freiwilligen-Prinzips und der Abschaffung des Volksheeres noch an dem Verbot der schweren Waffen wie an der fast völligen Vernichtung der deutschen Kriegsflotte.

Wenn man Anfang und Ende dieser Verhandlungen über das deutsche Wehrsystem, die sich fast über einen Monat hinzogen, miteinander vergleicht, dann ist man verblüfft über die Fülle der Widersprüche, in denen sich der Zick-Zack-Kurs der Auseinandersetzungen bewegte, am meisten aber über den Widerspruch zwischen Anfang und Ende des Verfahrens. Denn am Anfang stand der Expertenbericht der Kommission Loucheur mit dem 300 000-Mann-Heer und dem Prinzip der Wehrpflicht, der diese Armee als „absolut notwendig für die Besetzung von Deutschlands Grenzen und die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung“ erklärte und dazu Deutschland noch neben anderem 1000 schwere Geschütze zugestand. Am Ende aber stand die Bestimmung über das 100 000-Mann-Heer auf der Basis der Freiwilligkeit, das ebenfalls ausreichend sein sollte zur „Sicherung der Ordnung und Ausübung der Polizeikontrolle“ innerhalb des deutschen Gebietes und die Abschaffung der schweren Geschütze. Zum Schlusse war also das quer durcheinander gewirbelt worden, was ursprünglich als Leitprinzip der deutschen Abrüstung geplant war. Schritt für Schritt war die militärische Effektivkraft der künftigen deutschen Wehrmacht immer weiter heruntergeschraubt worden, während sie immer noch ausreichend sein sollte für die „Sicherung der Ordnung und die Polizeikontrolle innerhalb des Landes“! Was man soeben noch prinzipiell oder partiell für erforderlich gehalten hatte, ließ man im nächsten Augenblick bedenkenlos fallen. Aber alles nur dann, wenn es dem Zwecke der weiteren Schwächung des Feindes diene. Das war das beherrschende Motiv, das allein die Beratungen regierte! Am krassesten aber ist der Kontrast zwischen Ausgangspunkt und Endpunkt. Der Schlüssel für diese Paradoxie liegt allein in der Politik, und zwar in der nackten Interessenpolitik der Konferenz, insofern, als sich hier zwei völlig getrennte Interessensphären, jenseits der sachlichen Erwägungen und Erfordernisse, auf Kosten des Dritten zum Schluß geeinigt haben. Die Engländer, denen das Freiwilligkeitsprinzip über alles ging, hatten dieses gerettet, und die Franzosen, denen es allein auf die effektive Schwächung ihres Nachbarn ankam,

hatten die reine Zahl dafür immer weiter heruntergedrückt. So gab einer dem andern nach, indem jeder seinen ursprünglichen Standpunkt preisgab. Das Resultat war, daß beide zum Schluß auf ihre Rechnung kamen, ihre ursprünglichen Grundsätze aber fast auf den Kopf stellten. Der englische Feldmarschall Henry Wilson, der die englischen militärischen Belange in diesen Sitzungen vertrat, hat diesen Sachverhalt ganz offenerzig und ungeschminkt nach Soldatenart auf die Formel gebracht: „So rettete ich mein Prinzip, aber nicht meine Zahl, Foch seine Zahl, aber nicht sein Prinzip. Ein erstaunlicher Stand der Dinge.“ („So I got my principle, but not my numbers, and Foch got his numbers, but not his principle. An amazing state of affairs.“

Noch bedurfte dieser Entwurf der militärischen Vertragsbestimmungen aber der Zustimmung des Präsidenten Wilson. Am 14. März war er von seiner kurzen Urlaubsreise in die Heimat wieder zurückgekehrt. Als erstes Dokument mögen ihm die in der Zwischenzeit ausgearbeiteten Entwaffnungsbestimmungen vorgelegt worden sein. Gerade sie mögen auch die Veranlassung dafür gewesen sein, daß der Präsident in den nächsten beiden Tagen sich von den Sitzungen des „Rates“ fernhielt. Etwas, was er sonst nie getan hat! Hier aber mußte er mit dem ersten Blick erkennen, daß die Fernwirkung dieses Entwurfs weit über den Rahmen des rein Technisch-Militärischen hinausging, daß vielmehr sein ganzes Friedensprogramm durch dieses Exempel der Wehrlosmachung der Deutschen sowohl moralisch wie realpolitisch in unmittelbare Mitleidenschaft gezogen wurde. Zunächst verbarg der Präsident seine Enttäuschung hinter dem Vorwand, daß er die Frage nicht genügend studiert habe. Aber schließlich ließ sich die offene Auseinandersetzung nicht mehr umgehen. Am 17. März kam sein Groll zur Entladung, und zwar in einem Zwiegespräch, das er mit Lloyd George unter vier Augen während einer Sitzungspause führte. Der Präsident beschwerte sich bei Lloyd George über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und berief sich darauf, daß er bei der Fassung dieses Beschlusses nicht zugegen gewesen sei. Er bestand darauf, daß er das nicht dulden würde. Damit war das ganze mühsam zusammengezimmerte Gebäude der deutschen Entwaffnung in Gefahr, wieder über den Haufen geworfen zu werden! Lloyd George, nicht faul, ließ darauf jede Maske fallen, und parierte den Einwurf Wilsons mit der Entgegnung, daß er dann den Beschluß über den Völkerbund, bei dem er nicht zugegen gewesen sei, anfechten würde. Bei diesen Worten traf Wilson beinahe der Schlag, wie der englische Generalstabschef Henry Wilson wörtlich berichtet („Wilson collapsed“), der uns diese Szene verbürgt. Wilson war also schachmatt gesetzt. Und was sich dann in der Rats-Sitzung desselben Tages abspielte, war nur noch die formelle Rekapitulierung der Beschlüsse vom 10. März, mühsam verschleiert durch ein schwaches Geplänkel zwischen Wilson und Foch, das auch nur wenige Minuten dauerte. Der Präsident Wilson fragte nämlich bei Beginn der Sitzung, ob auch die äußeren Gefahren durch die Bolschewiken an der

deutschen Ostgrenze bei Festsetzung der Heeresstärke berücksichtigt worden seien. Worauf Foch erwiderte, daß die 100 000 Mann in Verbindung mit der Gendarmerie völlig ausreichend seien zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Land und zur Verteidigung der Grenzen! Auch die weitere Bemerkung des Präsidenten, daß er bei seiner Frage so isolierte Plätze wie Ostpreußen, das an Rußland grenze, im Auge gehabt habe, verfiel nicht. Foch erwiderte einfach, daß insgesamt die Zahl der Truppen in Ostdeutschland die Summe von 28 000 bis 30 000 Mann nicht überschreite. Damit war zur Klärung der Sache selbst nichts weiter beigetragen. Der Präsident aber gab jetzt sein Spiel auf. War doch auch Lloyd George dem Marschall Foch noch damit beigesprungen, daß er die Bemerkung machte, Ostpreußen werde keine direkte Berührung mehr mit Rußland haben, da Litauen von nun an dazwischen komme. Danach wurden alle 56 Artikel des Entwurfs in einem Zug verabschiedet. Die Erörterung über den grundlegenden Artikel 1 dauerte noch nicht einmal fünf Minuten. Sie war eine lächerliche Farce. Der ganze Akt der Verabschiedung der Entwaffnungsbestimmungen hat noch nicht zwei Stunden beansprucht, wobei die Spezialerörterung über die Entfestigung des Kieler Kanals noch einen besonders breiten Raum einnahm. Nur einen Erfolg hatte Wilson mit seinen Änderungsbemühungen erzielt. Er bestand darin, daß in den Artikeln, die bestimmte Verbote aussprachen, an die Stelle des Wortes „never“ das Wort „not“ gesetzt wurde. Das „niemals“ wurde in „nicht“ abgeschwächt. Diese theoretische Milderung war aber auch sein einziger Erfolg, neben dem anderen, daß die Wirksamkeit der interalliierten Kommission zur Überwachung der deutschen Entwaffnung nicht unbegrenzt blieb, sondern auf die Periode der Herabsetzung der deutschen Streitkräfte beschränkt wurde.

Damit war Deutschland das Urteil über seine künftige Wehrmacht gesprochen. Es war ein Urteil des absoluten Vernichtungswillens und nicht der Gerechtigkeit, der Destruktion und nicht der Konstruktion, ein Urteil aus dem Geiste der typischen doppelten Moral. Der Wille zur Vernichtung des Gegners verrannte sich so weit in seiner blinden Besessenheit, daß er in dem Artikel 177 sich sogar zu dem verwegenen Unterfangen verstieg, selbst den Geist des deutschen Volkes kommandieren zu wollen. Ist doch in diesem Artikel den „Unterrichtsanstalten, Universitäten, Kriegervereinen, Schützengilden, Sport- und Wandervereinen, überhaupt Vereinigungen jeder Art, ohne Rücksicht auf das Alter ihrer Mitglieder“, untersagt, „sich mit militärischen Dingen zu befassen“, und namentlich, „ihre Mitglieder im Waffenhandwerk oder im Gebrauch von Kriegswaffen auszubilden oder zu üben oder ausbilden oder üben zu lassen“. Allein die Häufung der Aufzählung der Möglichkeiten und ihrer Verbote in diesem Artikel ist ein Monstrum des Paragraphenhandwerks, ein noch größeres Monstrum das Unterfangen, sogar den freien Organisationen des Volkslebens den Umgang mit Waffen versagen zu wollen, das größte Monstrum aber ist der Geist, der aus diesem Kapitel entgegenschlägt. Denn

hier überschlägt sich der Geist der Unterdrückung selbst, indem er den ewig aussichtslosen Versuch unternimmt, durch Einhegung mit einem Stacheldraht von Verbots-Tafeln die Menschen selbst und ihre Herzen zu zwingen. Dieser Artikel grenzt an Vermessenheit.

Aber auch sonst war dies Urteil im Laufe der verschiedenen Entwicklungsstadien durch die Häufung von Schikanen allmählich zu so kolossalen Dimensionen angeschwollen, daß sogar ein solcher Deutschenhasser wie der englische Generalstabschef Henry Wilson (der regelmäßig nur von den „Boches“ spricht!) am Tage der Fertigstellung (17. März) angesichts des fertigen Drahtverhaues von Paragraphen in sein Tagebuch schrieb: „Meiner Ansicht nach sind diese Militärbestimmungen alle viel zu drastisch, aber die Franzosen bestanden auf ihnen, und die Fräcke (das sind: die „Großen Vier“) stimmten ihnen zu.“

Was dann noch kam, war lediglich die letzte Durchsicht und Glättung. Denn es sind nur noch in den letzten Apriltagen einige kurze Ergänzungen vorgenommen worden, die den Aufriß des Ganzen nicht mehr beeinflußt haben, aber den Sinn und Willen der Urheber der deutschen Entwaffnung noch mehr verdeutlicht haben, wenn dies überhaupt noch möglich war!

Da war zunächst die Bestimmung über das Verbot der Entsendung deutscher Militärmissionen ins Ausland (Art. 179), in dem Deutschland sich sogar verpflichten mußte, „durch geeignete Maßnahmen zu verhindern, daß Reichsdeutsche sein Gebiet verlassen, um im Heere, der Flotte oder dem Luftdienst irgendeiner fremden Macht Stellung zu nehmen“. Dieser Artikel entsprang der besonderen Fürsorge von Balfour, der am 18. April eine derartige Bestimmung vorschlug, aus dem tief eingefressenen englischen Handelsneid heraus. Denn diese Vorsichtsmaßnahme hatte natürlich nicht das geringste mit der Abrüstung von Deutschland selbst zu tun, sondern war lediglich ein Vorwand zum lückenlosen Ausbau des Systems der deutschen Verdrängung vom Weltmarkt, das die Engländer durch den ganzen Vertrag hindurch zielstrebig und planmäßig aufgerichtet haben. Bei dieser Gelegenheit wäre übrigens beinahe das Malheur passiert, daß durch die in diesem Artikel enthaltene Vereinbarung der Alliierten Mächte, keine Reichsdeutschen in ihre Heere einzureihen, auch die Aufnahme von Deutschen in die Fremdenlegion und die französische Werbung hierfür unterbunden worden wäre. Hier half man sich, da es ja um die eigene Rüstung ging, ohne langes Federlesen mit einer am 28. April zugefügten Ausnahmeklausel für die „Ergänzung“ der französischen Fremdenlegion.

Aus dem gleichen Motiv heraus wurde um dieselbe Zeit noch der Artikel 172 eingeschoben, der die Verpflichtung Deutschlands enthält, die Rezepte für die Herstellung seiner Sprengstoffe, Gase und sonstigen chemischen Präparate den Alliierten innerhalb drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags auszuliefern. Hier war, der Abwechslung halber, Lloyd George der Antreiber gewesen. Selbstverständlich aus dem gleichen Beweggrund heraus wie Balfour im Falle des Artikels 179. Denn hier

zeigte sich ein weiteres bequemes Mittel, auf dem Umweg über die „Abrüstung“ der als Konkurrenz besonders verabscheuten deutschen chemischen Industrie einen ordentlichen Schlag zu versetzen. Am 28. April wurde dementsprechend auf Lloyd Georges Initiative dieser Artikel im „Rat“ beschlossen.

In derselben Periode wurde noch ein dritter Artikel beschlossen, beinahe als letzter von allen Artikeln des Teils V, der aber an Tragweite über alle anderen hinausgehen sollte. Das war die sogenannte Präambel zum Teil V. Während der Verhandlungen über die endgültige Gestaltung der Abrüstungsbestimmungen für Deutschland hatte Präsident Wilson nämlich im Laufe der Debatte am 26. April der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Bedingungen über Flotte, Heer und Luftstreitkräfte für den Feind annehmbarer gemacht würden, wenn sie als Anbahnung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung für alle Nationen überreicht würden. Clemenceau, vorsichtig und mißtrauisch wie immer, entgegnete, er würde es vorziehen, die Formel erst zu sehen, bevor er ihr zustimme. Der Präsident formulierte daraufhin den Gedanken, und Clemenceau konnte jetzt nicht mehr zurück. Der Vorschlag des Präsidenten lautete folgendermaßen:

„Um den Beginn einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland ausdrücklich, die nachfolgende Klausel über Heer, Flotte und Luftstreitkräfte zu beachten.“

Dieser Vorschlag des Präsidenten Wilson ist fast wortgetreu in den Vertrag übergegangen und ist so neben dem Artikel VIII des Völkerbündpaktes die „Magna Charta“ der Abrüstungsforderung Deutschlands an die Welt geworden. In voller Loyalität hat diesen Tatbestand auch der General Bliss, der militärische Hauptdelegierte der Amerikaner, anerkannt und bekräftigt, ohne den Präsident Wilson kaum einen Schritt in den Militärfragen unternommen hat. Bliss hat ein Jahr später in einem Vortragsbericht in Philadelphia von dieser Einleitungsklausel gesagt: „Im vollen guten Glauben und bei ihrer Ehre haben sich diese (siebenundzwanzig Nationen) feierlich verpflichtet, sobald als angängig, eine allgemeine Rüstungsbeschränkung vorzunehmen, nachdem Deutschland seine vorhergehenden Verpflichtungen erfüllt hat.“ („Therefore, in all good faith and honor these nations have pledged themselves to initiate, as soon as practicable, a general limitation of armements after Germany shall have complied with her first obligation.“) Dieser authentischen Interpretation der Präambel des Teils V braucht kein Wort hinzugefügt zu werden.

Immerhin wäre der Bericht über das System zur deutschen Entwaffnung lückenhaft und unvollständig, wenn nicht eine Regelung erwähnt würde, die an einer völlig anderen Stelle des Vertrags getroffen wurde. Es ist die sogenannte Entmilitarisierung des Rheins, die in Artikel 42—44 Deutschland auferlegt ist und schon Ende März im „Rat“ beschlossen wurde. In diesen drei Artikeln ist Deutschland jede Befestigung auf dem

linken Rheinufer und in einer Zone von 50 Kilometern rechts des Rheins ebenso wie die Garnisonierung oder Ansammlung von Streitkräften in diesem Raume untersagt und „als Versuch einer Störung des Weltfriedens“ unter internationale Sicherung gestellt worden. Auf diese Weise ist Deutschlands längs seiner Westgrenze also einer doppelten Entwaffnung unterworfen worden.

Zu allerletzt, fast in der letzten Minute der Konferenz, ist schließlich diesem Berg von Unehrlichkeiten noch eine neue hinzugefügt worden, die fast den Gipfel der Böswilligkeit erklimmt. Es handelt sich dabei um den Schlußartikel des Teils V über die deutsche Entwaffnung, den Artikel 213. Dieser Artikel, der folgendermaßen lautet:

„Solange der gegenwärtige Vertrag in Kraft bleibt, verpflichtet sich Deutschland, jede Untersuchung zu dulden, die der Rat des Völkerbundes mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet“,

kann nach allen Indizien nur in der allerletzten Stunde durch eine Manipulation der unter französischem Vorsitz stehenden Redaktionskommission an diese Stelle praktiziert worden sein. Denn der Entwurf vom 10. März enthielt zum Schluß auch einen derartigen Kontrollartikel, aber in einem viel schwächeren und unverbindlicheren Wortlaut:

„Die Ausführung dieser Bestimmungen kann in Zukunft durch solche Maßnahmen und Organe überwacht werden, wie sie ein Völkerbund für passend halten mag.“

Die späteren Berichte und Entwürfe liegen leider nicht im vollständigen Wortlaut vor. Aber es bestehen in den Sitzungsberichten auch keine Anhaltspunkte dafür, daß dieser Entwurf eine wesentliche Abänderung erfahren hat. Wohl aber besteht die auffallende Tatsache, daß genau der gleiche Artikel wie der spätere Artikel 213 in den beiden hochoffiziellen Dokumenten enthalten ist, die der Präsident Wilson und Lloyd George am 6. Mai, also am Tage vor der Überreichung des Friedensinstrumentes, an Clemenceau gerichtet haben. In diesen gleichlautenden Schreiben versprechen sie dem französischen Ministerpräsidenten unter Bezugnahme auf die Bestimmungen über die Entmilitarisierung des linken Rheinufers den sogenannten Bürgschaftsvertrag mit Frankreich. Und in diesen beiden Schreiben ist als dritte Bestimmung für die Regelung der Entmilitarisierung am Rhein genau dieselbe Bestimmung enthalten wie diejenige, die heute als Artikel 213 am Schlusse des Teils V über „Bestimmungen über Landheer, Seemacht und Luftfahrt“ steht. Aus dem Abschnitt über das linke Rheinufer (Art. 42—44) aber ist sie verschwunden. Alle diese Anzeichen lassen nur die eine Vermutung zu, daß dieser Artikel im letzten Augenblick im Zwielficht der Redaktionskommission von seiner ursprünglichen Stelle an das Ende des Entwaffnungsabschnittes geschmuggelt worden ist. Allein zum Zwecke und mit der Absicht, diese Entwaffnungsbestimmungen für Deutschland noch härter und drakonischer zu machen! Hier ist



geradezu eine Fälschung des vom „Rate“ ursprünglich gewollten Vertragsinhalts vorgenommen worden!

Damit war der Plan zur Entwaffnung Deutschlands vollendet. So wurde er auch den Deutschen am 7. Mai mit dem gesamten Friedensvertrag überreicht. Aber keineswegs war damit die Sache der Abrüstung als solcher auf der Konferenz abgeschlossen. Denn es standen ja noch die Friedensverträge mit Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei und damit auch die heikle Frage der diesen Mächten zu belassenden Streitkräfte aus. Bei dieser Gelegenheit mußte zwangsläufig die Sache der allgemeinen Abrüstung noch einmal aufs Tapet kommen. So geschah es auch, und zwar diesmal in einer Form und einem Hergang, der besonders bezeichnend und symbolisch ist für die zweierlei Moral, mit der in dieser Sache von den großen Mächten der Konferenz operiert wurde. Dieses Schauspiel vor den Schranken der Konferenz spielte sich zu der gleichen Zeit ab, als draußen in der Öffentlichkeit der Endkampf mit den Deutschen im vollen Gange war.

So lange als möglich hatte man dieses lästige Thema hinausgeschoben, bis es schließlich schlechterdings nicht mehr zu umgehen war. Am 14. Mai waren nämlich die österreichischen Delegierten eingetroffen. Damit war der letzte Termin für die Fertigstellung des österreichischen Vertrags herangerückt. Am nächsten Tage kam auch wirklich die Angelegenheit der militärischen Friedensbedingungen für Österreich im „Rat“ zur Sprache. Wiederum bildete sich eine ähnliche Gruppierung wie in dem Verhandlungsprozeß, der zur deutschen Abrüstung geführt hatte. Es lag nämlich ein amerikanisch-britischer Antrag auf „Abschaffung der Wehrpflicht“ vor und daneben ein französisch-italienischer Antrag auf „einen kurzfristigen Dienstzwang von einem Jahr“. Es schien also, als solle sich wieder eine ähnliche Kontroverse entwickeln wie vorher im Falle Deutschlands. Aber diesmal sorgte Lloyd George dafür, daß die prinzipielle Frage der Abrüstung in aller Form aufgerollt wurde, und man sie nicht einfach auf Kosten des einen Opfers sofort abwürgte. Lloyd George erklärte nämlich, daß der Entwurf für die österreichische Abrüstung „eine äußerst schwerwiegende prinzipielle Frage berühre, die es nicht nur in bezug auf Österreich, sondern auch hinsichtlich der eventuell zu gründenden kleinen Staaten, einschließlich Rumäniens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens zu lösen gelte.“ Seiner Meinung nach sollte der „Rat“ ganz bestimmte Prinzipien betreffs der Rüstungen aufstellen, die dann auf Österreich-Ungarn und alle seine Nachbarstaaten angewandt werden müßten. Präsident Wilson sekundierte ihm, indem er erklärte: „Alle diese Fragen bilden ein einheitliches Ganzes“, und sofort vorschlug, daß „das auf Deutschland angewandte Militärregime zum Standard erhoben werden sollte“. Der „Rat“ beauftragte dementsprechend den Obersten Kriegsrat zur Erstattung eines Berichts „über die Anzahl von Truppen, die Österreich-Ungarn, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Polen, Bul-



garien und Griechenland zu belassen sei, wobei die Ziffern für Deutschland als proportionaler Maßstab dienen sollten“. Jetzt schien nachträglich doch noch die Sache der allgemeinen Abrüstung in Gang kommen zu wollen.

Am 23. Mai wurde dieser Bericht der Generale dem „Rat“ vorgelegt. Es war eine der meistbesuchten Sitzungen der ganzen Konferenz. Der Höhepunkt war eine Rede des Generals Bliss. Bliss ging davon aus, daß nach dem für Deutschland festgelegten Rüstungskontingent von 100 000 Mann Österreich nur 15 000, Ungarn 18 000, Bulgarien 10 000, die Tschechoslowakei 22 000, Jugoslawien 20 000, Rumänien 28 000, Polen 44 000 und Griechenland 12 000 zu beanspruchen habe. Die Militärs seien aber zu der Ansicht gekommen, daß diese Zahlen für den Schutz der kleinen Staaten ungenügend seien. Er schlug daher folgende Ziffern vor: z. B. für Österreich 40 000 Mann, für Polen 80 000 Mann, für Bulgarien 20 000 Mann. Diese Truppenstärken seien zwar minimal, gemessen an den Wünschen der kleinen Staaten und ihrer tatsächlichen Truppenmacht, aber trotzdem völlig ausreichend für Defensivzwecke. In diesem Zusammenhang erklärte Bliss auch rund heraus, daß seines Erachtens die Deutschland belassene Armee von 100 000 Mann selbst für die „interne Sicherheit“ ungenügend sei. Sogar Lloyd George konnte sich der Beweiskraft dieser Darlegungen nicht entziehen und äußerte, daß „er persönlich geneigt sei, der Feststellung des Generals Bliss zuzustimmen, daß 100 000 Mann eine ungenügende Streitmacht für Deutschland sei, aber er habe dem französischen Drängen nachgegeben“.

Diese beiden alarmierenden Reden riefen sofort Clemenceau auf den Plan, der sich mit Händen und Füßen gegen das Projekt von Bliss sträubte, weil damit automatisch die Frage der deutschen Armee erneut zur Diskussion gestellt worden wäre. Es kam darum so, wie es fast immer auf der Konferenz ging. Man einigte sich in dem Spezialfall auf ein Kompromiß, indem man Österreich 30 000 Mann zugestand. Dafür aber wurde die Frage der allgemeinen Anwendung einfach fallen gelassen. Selbst der Vorschlag, den Wilson eine Woche später machte, den 1. Januar 1921 als Termin zu setzen, nach dem die verschiedenen kleinen Staaten in Osteuropa sich verpflichten sollten, diese oder jene Rüstungsbeschränkung anzunehmen, verlief angesichts des allgemeinen Widerstandes der Ablehnung.

Auch dieser zeitweise aussichtsreich erscheinende letzte Anlauf zur Anbahnung einer allgemeinen Rüstungsverminderung in Europa war also gescheitert. Er konnte gar nicht anders enden, weil die eigentlichen europäischen Großmächte mit Frankreich an der Spitze die Politik der doppelten Moral vertraten und deshalb auch ihren eigenen Vasallenstaaten das mit Fug und Recht nicht zumuten konnten, was sie selbst mit Zähnen und mit Klauen bekämpften. So blieb die hohe Idee der Abrüstung, die der Präsident Wilson in seinem vierten Punkt als leuchtendes Ziel der neuen Weltordnung aufgepflanzt hatte, nur einseitig auf die Besiegten beschränkt,

während allen anderen Staaten zu Lande volle Freizügigkeit gewährt wurde, soviel zu rüsten, wie sie wollten.

Wenn trotzdem die Tatsache der Deutschland und den anderen besiegten Staaten auferlegten Entwaffnung als eines Exempels und eines Auftaktes für die allgemeine Abrüstung nicht durch den Wust der Konferenzmanöver verschüttet worden ist, dann ist dies allein dem hartnäckigen Notenwechsel zuzuschreiben, den die Deutschen mit den Alliierten zwischen der Überreichung des Vertrags und seiner Unterzeichnung geführt haben. Durch diese Hartnäckigkeit haben die Deutschen die Alliierten und Assoziierten Mächte nämlich dazu gezwungen, durch den Mund des Präsidenten der Konferenz Clemenceau in ihrer berühmten abschließenden Denkschrift vom 16. Juni an zwei Stellen klipp und klar die aus Deutschlands Annahme der Abrüstungsbedingungen resultierende eigene Verpflichtung zu einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen ausdrücklich zu bekräftigen. Dies geschah in dem Abschnitt dieser Denkschrift über den Völkerbund, in dem die Alliierten folgendes schrieben:

„Sie erkennen an, daß Deutschlands Annahme der für seine Abrüstung festgesetzten Bestimmungen die Verwirklichung einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen erleichtern und beschleunigen wird, und sie haben die Absicht, sofort Verhandlungen mit dem Ziele der eventuellen Annahme des Planes zu allgemeiner Rüstungseinschränkung zu eröffnen.“

Damit korrespondierend erklärten sie in dem Abschnitt über das Landheer:

„Die Alliierten und Assoziierten Mächte legen Wert darauf, besonders hervorzuheben, daß ihre die Rüstungen Deutschlands betreffenden Bedingungen nicht nur zum Zwecke hatten, Deutschland die Wiederaufnahme seiner kriegerischen Angriffspolitik unmöglich zu machen. Diese Bedingungen stellen vielmehr gleichzeitig den ersten Schritt zu der allgemeinen Beschränkung und Begrenzung der Rüstungen dar, welche die bezeichneten Mächte als eines der besten Mittel zur Verhinderung von Kriegen zu verwirklichen suchen und die herbeizuführen zu den ersten Pflichten des Völkerbundes gehören wird.“

Was nach dem Gang der Verhandlungen hinter den geschlossenen Türen der Konferenz keinen Augenblick zweifelhaft sein konnte, wird hier einwandfrei bestätigt. Die Alliierten waren sich ihrer moralischen und juristischen Verpflichtung zu einer allgemeinen Abrüstung auf Grund des Vorwaffenstillstandsvertrags bewußt. Denn sie hatten mit der erzwungenen Abrüstung Deutschlands und der anderen besiegten Staaten die effektive Verpflichtung übernommen, nun auch bei sich selbst mit diesem Prinzip ernst zu machen. So, und nur so konnten sie vor sich und der Welt juristisch und moralisch überhaupt die erzwungene einseitige Entwaffnung der unterlegenen Feinde rechtfertigen.

Die Alliierten haben, juristisch gesprochen, einen Wechsel auf die Zukunft ausgestellt, um sich einer momentanen Verpflichtung zu entziehen. Das ist der Tatbestand von 1919.

Was ist in der Zwischenzeit seit 1919 aus dieser eingegangenen Verpflichtung geworden? Die Alliierten haben sich der Einlösung ihres Versprechens dadurch zu entziehen versucht, daß sie ihren Wechsel immer von neuem prolongiert haben. Dieser Wechsel ist nunmehr endgültig abgelaufen — nicht etwa deswegen, weil die Alliierten allmählich der einseitigen Prolongierung überdrüssig geworden sind, sondern weil ihre Gläubiger sie jetzt zum Offenbarungseid zu zwingen genötigt sind. Damit aber steht ihr ganzer Kredit auf dem Spiel. Denn sie stehen vor der Gefahr, der Hochstapelei überführt zu werden.

Der Wechsel vom 5. November 1918 wird endgültig präsentiert.

Das ist die Lage, vor der wir heute stehen.

# Die Etappen der „planmäßigen“ deutschen Entwaffnung

## 1. Loucheur-Bericht vom 17. Februar 1919

Zweck der Armee: „Besetzung der deutschen Grenzen und Aufrechterhaltung der inneren Ordnung“.

Kopfstärke:	Rekrutierungsart:	Kriegsmaterial:
300 000 Mann = 25 Infanterie- und 5 Kavallerie- divisionen	Allgemeine Wehrpflicht (Dienstzeit nicht bestimmt)	1 000 Schwere Geschütze 1 575 Feldgeschütze 3 825 Maschinengewehre 4 500 Automat. Gewehre 412 500 Gewehre 1 400 Minenwerfer ? Flugzeuge

## 2. Foch-Bericht vom 3. März

Zweck der Armee: „Sicherung der Ordnung und zur Polizei im Inneren“.

Kopfstärke:	Rekrutierungsart:	Kriegsmaterial:
200 000 Mann und 9 000 Offiziere = 15 Infanterie- und 5 Kavallerie- divisionen	Mannschaften — Allgemeine Wehrpflicht (einjährige Dienstzeit) Offiziere — Freiwillige Meldung	180 Schwere Geschütze 600 Feldgeschütze

## 3. Foch-Bericht vom 10. März

Zweck der Armee: „Sicherung der Ordnung und Polizeikontrolle innerhalb des Landes“.

Kopfstärke:	Rekrutierungsart:	Kriegsmaterial:
140 000 Mann (134 000 Mannschaften u. 6 000 Offiziere)	Freiwillige Meldung für Mannschaften (12 jährige Dienstzeit) und Offiziere	— Schwere Geschütze 432 Feldgeschütze 2 906 Maschinengewehre 150 000 Gewehre 396 Minenwerfer

## 4. Beschluß des „Rates“ vom 10. März

Kopfstärke:	Rekrutierungsart:	Kriegsmaterial:
100 000 Mann (96 000 Mannschaften u. 4 000 Offiziere) = 7 Infanterie- und 3 Kavallerie- divisionen	Wie vorher	Wie vorher

## 5. Friedensvertrag

Kopfstärke:  
Wie vorher

Rekrutierungsart:  
Wie vorher

Kriegsmaterial:  
— Schwere Geschütze  
288 Feldgeschütze  
1 926 Maschinengewehre  
102 000 Gewehre  
252 Minenwerfer

## *Hauptliteratur*

- R. St. Baker: Woodrow Wilson, Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles. 3 Bände. Leipzig 1923.
- Winston Churchill: Nach dem Kriege. Wien 1930.
- Handbuch des Abrüstungsproblems. Herausg. von Th. Niemeyer. 2 Bände. Berlin-Grünwald 1926.
- E. M. House: The intimate Papers of Colonel House. Arranged by Charles Seymour. 4 Bände. New York 1928. (Deutsche Ausgabe: Die vertraulichen Dokumente des Obersten House. 1 Band. Stuttgart 1923.)
- E. M. House and Ch. Seymour: What really happened at Paris. London 1921.
- B. G. de Montgomery: Versailles, a breach of agreement. London 1932.
- David Hunter Miller: My Diary at the Conference of Paris, privately printed. 20 Bände. 1925/26.
- David Hunter Miller: The Drafting of the Covenant. 2 Bände. New York — London 1928.
- Raymond Recouly: Le Mémorial de Foch, mes entretiens avec le maréchal. Paris 1929.
- K. Schwendemann: Abrüstung und Sicherheit. Handbuch der Sicherheitsfrage. Berlin 1932.
- André Tardieu: La Paix. Paris 1921.
- H. W. V. Temperley: A History of the Peace Conference of Paris. 6 Bände. London 1920/24.
- Henry Wilson: His Life and Diaries of Field-Marshal Sir Henry Wilson. By Sir C. E. Callwell. 2 Bände. London 1927. (Deutsche Ausgabe: Die Tagebücher des Feldmarschalls Sir Henry Wilson. 1 Band. Stuttgart 1930.)

# **Schriften** **von Dr. Wilhelm Ziegler**

**Im Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35**

---

## **Die Deutsche Nationalversammlung 1919-20 und ihr Verfassungswerk**

Dieses Werk ist die erste historische Darstellung der Nationalversammlung und der Weimarer Verfassung. Umfang 372 Seiten.

*Preis in Leinen gebunden RM 12.50, broschiert RM 10.—.*

## **Einführung in die Politik**

Mit 46 Kartenbeigaben. 2. Auflage. 316 Seiten.

*Preis gebunden RM 9.—, geheftet RM 7.20.*

## **Einführung in die Volkswirtschaft**

3., verbesserte Auflage, 36. bis 40. Tausend. 1929. 94 Seiten.

*Preis geheftet RM 2.10, in Halbleinen RM 3.—.*

## **Stein, der Wegbereiter deutscher Freiheit und Einheit**

Zum 100. Todestage am 29. Juni 1931. Ein Gedenkbuch. 64 Seiten.

*Preis RM 0.90.*

## **Bilddokumente zur Kriegsschuldfrage**

1924. 120 Seiten mit zahlreichen Abbildungen.

*Preis gebunden RM 2.70, engl. Ausgabe RM 3.60.*

**Prospekte von jeder Schrift kostenlos!**

---

**In der Hanseatischen Verlagsanstalt Hamburg**

## **„Versailles“**

## **Die Geschichte eines mißglückten Friedens**

Die erste authentische Darstellung der Entstehungsgeschichte des Versailler Diktates. *Preis kartoniert RM 4.30, Leinen RM 5.50.*

# Schriften von bleibendem Wert

---

Dr. A. DIX

## Unser neues Zeitalter

Mit einer Zeittafel zur neuesten Geschichte.  
*Preis RM 1.—.*

Dr. HEINZ von PALLER

## Der großdeutsche Gedanke

Seine Entstehung und Entwicklung bis zur Gegenwart. Der junge Grazer Historiker bietet in dieser Schrift in fünf klargestellten Kapiteln eine sehr instruktive Geschichte des großdeutschen Gedankens. — Ein Anhang bringt etwa 60 Dokumente und Reden zur Anschlußbewegung. *Preis in Halbleineu gebunden RM 6.—.*

Dr. HERBERT KNIESCHE

## Die großdeutsche Wirtschaftseinheit

Geschichte und Gegenwartsprobleme der österreichisch-deutschen Wirtschaftsverflechtung — mit 35 Kartenbildern. Das Buch will die großdeutsche Wirtschaftseinheit als eine räumliche und geschichtliche Tatsache begründen, die erst aus der besonderen Zerrissenheit der deutschen politischen Entwicklung zu einem Problem geworden ist. 35 Kartenbilder und Diagramme bringen die Zusammenhänge dem Leser auch mit den Methoden einer modernen Veranschaulichung näher.  
*Preis in Halbleinen gebunden RM 6.60, broschiert RM 5.50.*

LEO HORWITZ

## Endkampf um die Reparation

Zur Krise des politischen Schuldensystems. 23 Schaubilder. *Preis RM 2.20.*

## Abrüstung und Sicherheit Handbuch der Sicherheitsfrage

Mit einer Sammlung der wichtigsten Dokumente von Dr. K. SCHWENDEMANN.  
332 Seiten auf Dünndruckpapier, *gebunden RM 5.—.*

Aus dem Inhalt: Abrüstung und Sicherheit von 1919 bis 1925 — Die Sicherheitsfrage 1925 bis 1931 — Die Abrüstungsfrage 1925 bis 1931.

Dokumente zur Abrüstungs- und Sicherheitsfrage. — Das Genfer Protokoll von 1924. — Bemerkungen des Grafen Bernstorff vom 8. April 1929 zur 6. Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission. — Bemerkungen der deutschen Regierung zu dem Arbeitsprogramm des Sicherheitskomitees vom Februar 1928. — Die Generalakte von 1928. — Das französische Memorandum zur Abrüstungsfrage vom 15. 7. 1931. — Der Konventionsentwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission. — Gegenüberstellung der wichtigsten Bestimmungen des Versailler Vertrages über die deutsche Abrüstung und der wichtigsten Bestimmungen des Konventionsentwurfes.

## Frankreichs Rüstung

von Dr. h. c. MAX GRAF MONTGELAS

64 Seiten, mit 8 Bildern und Tabellen, *broschiert RM 1.50.*

Aus dem Inhalt: Die Entwicklung des französischen Sicherheitsgedankens. — Frankreichs geographische Lage und besondere Umstände. — Frankreichs Streitkräfte im Frieden und im Kriege. — Frankreichs Widerstand gegen die Herabsetzung seiner Rüstungen. — Gleiches Recht für alle.

---

Durch alle Buchhandlungen oder direkt

**Historisch-Politischer Verlag**  
**Rudolf Hofstetter** **Leipzig C 1**